

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Hans sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garnond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 20 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 3. Dezember d. J. den Titular-Vizeadmiral Anton Freiherrn von Rognignon von Baumberg des Pensionsstandes, unter gleichzeitiger Reaktivierung und mit Bezug der Gebühren eines Kontreadmirals zum Hofsäfamirale in Pola;

den Kontreadmiral Wilhelm v. Tegetthoff zum Eskadronkommandanten, und

den Linienschiffskapitän Alexander Müller v. Mühlwirth, des Pensionsstandes, unter Einberufung zur zeitlichen Dienstleistung zum Insels- und Festungskommandanten zu Lissa allernächst zu ernennen geruht.

Der Vizeadmiral Louis Ritter v. Faatz wurde zu folge derselben Allerhöchsten Entschließung bei Bevollung in seiner provisorischen Dienstesverwendung beim Marineministerium nunmehr vom Insels- und Festungskommando zu Lissa definitiv entheben, und der Kontreadmiral Bernhard Freiherr v. Wüllerstorff und Urbair in den Disponibilitätsstand versetzt.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien der Prager Stadtgemeinde die Errichtung einer auf Gegenseitigkeit begründeten Brändschaden-Besicherungsanstalt für die Hauptstadt Prag bewilligt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 9. Dezember.

Politische Nachrichten von besonderem Interesse liegen heute nicht vor. In den ausländischen Journals wird die Adressdebatte besprochen und mit kaum bemerkenswerthen Ausnahmen äußern sich deutsche, französische und englische Blätter im höchsten Grade günstig über die Haltung der Opposition und über die Bedeutung der Adresse. Selbst der sehr konservative „Herald“ kann nicht umhin, Österreich zu beglückwünschen, weil die Adressdebatte in ihm die Überzeugung wachgerufen habe, daß das konstitutionelle Prinzip in Österreich Wurzel fasse.

In Ungarn hat die Adressdebatte mächtig gewirkt; fast alle Blätter beschäftigen sich mit der Haltung des Abgeordnetenhauses; ihr Ton ist versöhnlich. Zwar ist es noch nicht das vor Allem kompetente Organ (Pesti Naplo), welches sich vernehmen läßt, aber wer die Haltung des „Pester Lloyd“ im bisherigen Verlaufe der ungarischen Frage sich ins Gedächtniß ruft, wird das Gewicht seiner Worte nicht unterschätzen, wenn er schreibt:

„Ein mächtiger Erfolg liegt vor uns. Was mehr denn dreijährige Vorbereitungen seitens der politischen Machthaber vergeblich versucht, ja noch in weitere Ferne gerückt, das haben sechs Berathungstage des Wiener Abgeordnetenhauses erreicht: der Vann des gegenseitigen Grosses und Misstrauens zwischen den Völkern dies- und jenseits der Leitha ist gebrochen, das Vertrauen, das seit nun fünfzehn Jahren geschlummert, ist geweckt worden durch Worte der Freiheit und Sympathie, durch Einstehen für Recht und Gesetz, durch manhaftes Fordern einer endlichen That, einer That zur „Umkehr von dem System des Zuwartens, der stillen und geräuschlosen Thätigkeit gegenüber den Königreichen Ungarn und Kroatien, der Unfehr von den Ausnahmszuständen dort und in anderen Ländern des Reiches“. — Die Geschichte wird es unter die „Misverständnisse“ zählen müssen, daß die Vertreter unserer deutschen Brüder jenseits der Leitha eine Zeit lang — und sie erschien uns sehr lange — die Sache der Freiheit und

jene Ungarn trennen, einander in Gegensatz bringen konnten; nunmehr aber ist die so feindselig herbeigewünschte „Selbsterkenntniß“ eingetreten und die Folgen können nicht ausbleiben.“

Über die Adressdebatte

schreibt Schuselka in der „Reform“:

„Wenn man aus der oppositionellen Wortsäule den Kern der Dinge heraus sucht, so sieht man, daß eigentlich gar kein wesentlich großer Zwiespalt zwischen dem Parlamente und dem Ministerium besteht.

Die Opposition erklärt die Lage des Reiches für sehr ernst und gefährlich. Das Ministerium längnet dich nicht, moderirt nur die Schilderung und findet es unpolitisch, unsere Schwächen an die große Glocke zu hängen. Das Parlament hält die baldigste Einberufung des ungarischen und kroatischen Landtages für eine dringende Notwendigkeit. Das Ministerium wünscht ebenfalls nichts feindseliger, als jene Landtage so bald als möglich einberufen zu können. Die parlamentarische Opposition behauptet mit Recht, daß die Verhängung des Belagerungszustandes ein Akt der Legislation sein müsse, und das Ministerium gibt dies, wenn auch mit einem Widerstreben zu, indem Herr v. Schmerling die Vorlage eines bezüglichen Gesetzentwurfes in Aussicht stellt. Die Opposition will die freiheitliche Durchführung des echten Konstitutionalismus, und das Ministerium entspricht diesem Wunsche, indem es für den engeren Reichsrath eine Fülle diesbezüglicher Vorlagen verspricht. Die Opposition will die Regelung der konfessionellen Verhältnisse im Sinne voller Gleichberechtigung; das Ministerium verspricht ein Religionsgesetz, nachdem das Abgeordnetenhaus den Entwurf des seines verloren zu haben scheint. Das Parlament verlangt die Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte durch Ersparungen nach dem vulgären Grundsätze, daß man sich nach der Decke strecken müsse, und Herr von Plener erklärt mit der liebenswürdigsten Bereitwilligkeit, daß die Regierung den Grundsätzen der Sparsamkeit vollkommen beipflichte. Die Opposition erklärt die Allianz mit Preußen für gefährlich und schädlich. Graf Mensdorff kann als Diplomat unmöglich so offenherzig sein. Er sagt, daß die Allianz mit Preußen großen Werth habe, was an und für sich gewiß nicht in Abrede gestellt werden kann; er versichert aber, daß den Rechten des deutschen Bundes volle Geltung verschafft werden soll, und stellt baldigst höchst erfreuliche Offenbarungen in Aussicht. Daz. wir bei aller österreichischen Urgemüthlichkeit doch nicht in Turin um Freundschaft bitten können, wird selbst Herr Kraupa zugeben, und die Allianz mit Frankreich, obwohl Herr Dr. Schindler sie sehr wünschenswerth findet, können wir dem Kaiser Napoleon doch nicht abdringen.

Wenn man den Kern der Dinge derart ohne Schwärmerie betrachtet, so löst sich der vermeintliche große Konflikt in der That in die schönste Harmonie auf.

Und darum glauben wir, daß Herr v. Schmerling am Ruder bleiben werde, womit wir aber bei aller Anerkennung, die wir den Talenten dieses Staatsmannes zollen, nicht in die Übertriebene, Österreich herabsetzende Schmeichelei derjenigen einstimmen, welche behaupten, das Ministerium Schmerling sei nicht blos für die Aufrechthaltung des konstitutionellen Prinzipes, sondern sogar für die Existenz des Reiches eine unumgängliche Notwendigkeit. Das glaubt gewiß Herr v. Schmerling selber nicht.

Wir wollen sogar die Dinge einmal recht rosig sehen und hoffen, daß die durch die Donner der Parlamentsschlacht geweckte Selbsterkenntniß allgemein zum Guten führen werde.“

Original-Korrespondenz.

Wien, 7. Dezember.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Adressdebatte nach manchen herben Anslasungen, die selbst gestern bei der Rede des Abgeordneten Skene dem Präsidenten des Hauses Anlaß boten, den Sprecher zurechtzuweisen, endlich geschlossen. Abgesehen von der vorgefassten Meinung gegen die Regierungsmitglieder, welche eine zweifelhafte Majorität im Hause zum Ausdruck gebracht haben wollte, haben wir heute aus dem Gange der Adressdebatten die manhaftste Haltung der Minister der Opposition gegenüber hervorzubehen, andertheils aber auf jene Trockenpunkte zurückzukommen, welche sich in den Debatten gleich einem rothen Faden hinziehen. Einen solchen Punkt bildet die in der dritten Sitzung der diejährige Session von Schindler und Genossen gestellte Interpellation in Betreff der Erlassung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, welche von dem Staatsminister durch Darlegung der Gründe, welche der Erlassung eines solchen Gesetzes gegenwärtig noch entgegenstehen, bereits in der 6. Sitzung beantwortet wurde. Trotzdem aber wurde dieser Punkt in der Debatte über die Verhängung von Ausnahmszuständen und bei der Frage über die Anwendbarkeit des §. 13 der Verfassung berührt und in der gestrigen Debatte neuerdings erörtert. In verfassungsmäßiger Weise hatte die Regierung in der 12. Sitzung die Gründe und Erfolge der Ausnahmsmaßregeln in Galizien und Kroatien, die sie leider zu ergreifen gezwungen war, dargelegt und war sich hiebei ihrer Verantwortlichkeit, derjenigen Verantwortlichkeit, die in der heutigen Session so häufig betont wurde und wofür man die entsprechenden Paragraphen noch zu suchen haben wird, vollkommen bewußt. Allein wir glauben, es habe die Regierung ganz richtig gehan, wenn sie auf eine andere, vielleicht noch höhere Art von Verantwortlichkeit, als die ein Gesetz in allgemeinen Umrissen zu statuiren vermöchte, hinzudeuten bemüht war, und zwar auf die Verantwortlichkeit jedes warmen Patrioten, der in der Lage ist, auf die Geschick seines Vaterlandes einen bestimmenden Einfluß zu nehmen, sei es durch Rath oder durch That. Dieses Gefühl der Verantwortlichkeit glauben wir aber dort als vorhanden annehmen zu müssen, wo eine solche Stellung zu der Voraussetzung uns doppelt berechtigt. Eingedenk dieser Verantwortlichkeit und der übernommenen Pflichten mußte die Regierung auch in der Ausnahmszustandsfrage auf das Recht des Krieges im Innern, das Recht der bewaffneten Verhütung des Bürgerkrieges, also auf ein Majestätsrecht hindeuten und davon einen weisen Gebrauch machen, wollte sie ihre Pflichten gegen die Krone nicht verlegen und jenen Interpretationen des §. 13 der Verfassung Raum geben, welche den Rechten der Krone Abbruch thun wollten.

Wenn wir nun auf den Gang der Adressdebatten zurückblicken, so werden wir als aufrichtige Verfassungsfreunde in Berücksichtigung des noch unfertigen Ausbaues der Verfassung, der Unausgeglichenheit der inneren Verhältnisse und der äußeren Stellung des Reiches versucht, uns die Frage vorzuhalten, ob diese Geplogenheit, wie sie bei der Adressdebatte durch einzelne Redner zum Ausdrucke gelangte, daß alles bei uns bestehende, Gesetzgebung, Einrichtung, Verwaltung, öffentliche Zustände aller Art auf das Tiefe herabgezogen, mit Tadel überhäuft, die Situation bedeutend schlimmer und greller geschildert werde, als sie wirklich ist, — ob diese Geplogenheit dem Staatszwecke und der Mission des Hauses entspreche und ob sie dazu angehan war, uns bei den europäischen Nationen und Staaten in der nöthigen Achtung und dem Ansehen zu heben oder vielmehr herabzusetzen. Es ist ein bedeutender Unterschied zwischen einer offenen, freimüthigen Darlegung bestehender Nebelstände und

Mängel, und einer pessimistischen Schwarzmalerei, wie sie sich vielfach geltend machte. Daß dieses Vorgehen nicht das zweckmäßigste war, dürften wohl Diejenigen am Besten beurtheilen, denen es vergönnt ist, in objektiver Ruhe dem Gange der Debatten zu folgen und wir wünschten, daß die weiteren Verhandlungen des Abgeordnetenhauses mit jener staatsmännischen Einsicht geführt würden, die wahren Nutzen zu schaffen im Stande ist.

14. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Dezember.

(Schluß.)

Sektionschef v. Kalschberg bemerkte, die Regierung theile vollkommen das Bedauern, daß sie in ihren Verhandlungen in der Zollangelegenheit dasjenige nicht erreicht hat, wozu ihr das volle Recht zustand, wozu ihr Interesse sie aufforderte, wozu die Ehre und Würde des Reiches und seine Machtstellung sie verpflichteten. Die bündesrechtliche Stellung und deren weitere Fortbildung sei es gewesen, was die Regierung vor Allem zu wahren sich verpflichtet glaubte. Sie glaube hiebei nicht bloß in Übereinstimmung zu sein mit dem, was in dem Adressentwurfe bezeichnet ist, sondern auch mit allen jenen Männern, welche das Zusammenstehen Österreichs und Deutschlands für eine europäische Nothwendigkeit erklären und für Österreichs Interessen nothwendig und unerlässlich halten.

In eine Untersuchung der Gründe des Nichterfolges eingehend, sagt Redner, nicht Österreich war es, das etwa angriffsweise oder Bundesgenossen suchend vorging, sondern es war der preußisch-französische Handelsvertrag, welcher uns als Handschuh hingeworfen wurde und dessen Bedeutung wohl Niemand verkenne. Würde jemand fragen, warum die Regierung nicht den französisch-preußischen Handelsvertrag zur Grundlage der angestrebten Einigung genommen habe, so antworte er, das sei durchaus nicht annehmbar, denn das würde die Industrie zu Grunde gerichtet haben. Dieser Anbot würde übrigens auch nicht zum Ziele geführt haben, denn es sei ein großes politisches Interesse gewesen, welches von der andern Seite das Anbot zurückweisen hieß. Der Nichterfolg könne der Regierung nicht zum Vorwurfe gemacht werden, sie habe Alles gethan, was nach der Lage der Umstände thunlich war. — Im weiteren Verlaufe spricht Redner von den Bedürfnissen der Industrie. Insbesondere seien es die Produktionsbedingungen, durch welche die Industrie schwer heimgesucht ist und er verkenne nicht, daß in dieser Beziehung sehr viel im Wege des Gesetzes und auf anderen Wegen zu thun sein werde. Vor Allem aber sei es die Industrie selbst, die sich zusammenthun müsse, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Die Erfolglosigkeit der Verhandlungen mit Preußen möge wohl eine neue Verlegenheit für die Industrie sein, aber große Nachtheile könne er nicht als Resultat derselben sehen. Waren die Verhandlungen von Erfolg gekrönt gewesen, so wäre darum die Industrie nicht in weniger bedrängter Lage, ja es würde ein neues Element der Besorgniß hinzutreten, wenn die Resultate solcher Spekulationen auf eine entferntere Zukunft gewiesen würden, während die Verhältnisse so sind, daß selbst für die nächsten Monate kaum in

entsprechender Weise Vorsorge getroffen werden kann. Jetzt werden wir in der Lage sein, nur die speziell österreichischen Interessen zu berücksichtigen, wir werden autonom vorgehen und nach unsern Bedürfnissen unsern Tarif regeln. Die Regierung werde jetzt in der Lage sein, in Verbindung mit dem Reichsrath jene Zollsätze zu vereinbaren, welche nach allgemein reifer Überlegung als die unseren Interessen zweckmäßigsten und entsprechendsten erkannt werden. Wenn das Haus daran Erwartungen auf Verbesserung unserer Zustände knüpft, könne die Regierung nur freudig diesen Erwartungen und Hoffnungen bestimmen. Redner versichert noch, daß keine Handlungen über Handelsverträge mit Frankreich und England bestehen und schließt mit der Bemerkung, das System, in welches wir hineingeführt werden, scheine ihm ein mäßiges Schutzzollsystem sein zu sollen, und in dieser Richtung werde die Regierung in ihrer Handelspolitik vorgehen.

Nach einem Schlussschreibe des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten, und es werden die Alinea 20 und 21 nach dem Entwurfe fast einstimmig angenommen.

Die Alinea 22—24 wird ohne Debatte angenommen. Alinea 25 betrifft die Revision des Konkordats. Berichterstatter Dr. Giskra bemerkte: Die Wichtigkeit der konfessionellen Verhältnisse sei Federmann einleuchtend und deren Regelung in einem anderen Sinne als in dem des Vertrages vom 18. August 1855 vulgo Konkordat von Federmann als Nothwendigkeit erkannt. Die Adresskommission war darin einig, daß eine Reform hier dringend nothwendig erscheine.

Abg. Mühlfeld (gegen) glaubt, die Andeutung auf die Wege, die sie zum Ziele führen, sollte derart sein, daß alle Mitglieder, ohne sich zu präjudizieren, dafür stimmen können, und beantragt, daß die Worte: „mit dem päpstlichen Stuhle eingeleiteten Verhandlungen“ und „gesetzmäßig“ weggelassen würden.

Abg. Karl Schneider (für): Die Kommission habe ohne Zweifel jene Momente im Auge, welche die Staatsgesetzgebung berühren. Man müsse dem Ausschusse Dank wissen, daß er neben den materiellen Interessen auch die geistigen und sittlichen erörtert habe. Die Protestanten machen ihre eigenen Angelegenheiten von der Reichsvertretung und der Sanktion des Kaisers abhängig, und er berücksichtigt nur den Gesetzentwurf betreffend die gemischten Ehen, die Kindererziehung und den Uebertritt von einer Kirche zur andern. Dieses Gesetz sei ein Stück des Verfassungsselbstes, es gebe dem Protestant-Patent erst Sinn und Bedeutung. Auf religiösem Gebiete sei noch nichts gethan. Noch immer sei die Staatsgesetzgebung in Widersprüche mit den Prinzipien der Gleichberechtigung. Er hoffe auf ein günstiges Resultat, selbst wenn die angedeuteten Verhandlungen am Felsen „non possumus“ zerstossen sollten. (Bravo.)

Abg. Greuter. Er konstatire, daß diese bedeutende Frage hente nicht zum Gegenstande einer eingehenden Debatte werde. Er schene nicht den Kampf, aber wünsche, daß es vermieden werde. Von der Opposition, die die Ministerbank stürmen wollte (Oho!), seien die politischen Fragen genug erörtert worden, er wolle kein neues Materiale häufen. Der Friede wird geschlossen werden müssen, und es sei am besten, wenn da parteilos vorgegangen werde. Man spreche zum

Kaiser, der sich „apostolisch“ nennt. Wem die Religion nicht das Höchste sei, dem sei sie gar nichts.

Dr. Giskra. Es werden Stürme kommen, aber er werde für die Prinzipien der Gleichberechtigung kämpfen. Nach seiner Ansicht könne der Staat einfach erklären, das Konkordat sei ungültig. In der Kommission sei diese Frage nicht verhandelt worden. Er erkläre sich Namens des Ausschusses mit dem Amenbemerkung Mühlfeld einverstanden.

Dasselbe wird mit sehr großer Majorität angenommen, ebenso Alinea 26 ohne Debatte.

Dr. Giskra. Die Debatte sei zu Ende und die Kommission freue sich, in ihrem Entwurfe die Ansichten des Hauses ausgedrückt zu haben. Mit Unrecht nannte man die Adresse eine Adresse der Opposition, denn sie wurde von allen Fraktionen angenommen. Die Adresse gipfelt in dem Satze: Selbsterkennung und Umkehr, Umkehr von dem Systeme der stillen, geräuschlosen Thätigkeit im Innern wie im Außen. Alle seien aber einig in dem Wunsche für das Heil Sr. Majestät. (Lebhafte, anhaltender Beifall.)

Berichterstatter Giskra beantragt, die dritte Lesung sogleich vorzunehmen, worauf die Adresse mit großer Majorität zum Beschlusse erhoben wird. — Der Antrag des Berichterstatters, die Adresse Sr. Majestät im schriftlichen Wege zu überreichen, wird angenommen und hiemit die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Erste Lesung mehrerer Regierungsvorlagen.

15. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 7. Dezember.

In der Hosloge: Prinz Wasa.

Auf der Ministerbank: Lasser, Pleuer, Hein, Burger, Sektionschef Kalschberg.

Unter den Einläufen befindet sich ein von dem Finanzminister zur verfassungsmäßigen Behandlung eingebrachtes Gesetz über den Feingehalt von Gold- und Silberwaaren und dessen Überwachung. (Punzungsgesetz.)

Finanzminister Pleuer überreicht einen Gesetzentwurf über die Fortdauer der Steuererhöhungen für den ersten Semester des Jahres 1865 und motivirt die Dringlichkeit dieses Gesetzes damit, daß die Fortführung eines geregelten Staatshaushaltes die Fortdauer der Steuererhöhung nothwendig mache, die Botirung des Finanzgesetzes vor Schlus des Finanzjahres nicht mehr möglich sei.

Abg. Tschekl beantragt bei der Dringlichkeit des Gegenstandes die erste Lesung sogleich vorzunehmen und diese Regierungsvorlage dem Finanzausschuß zuzuweisen (wird angenommen.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Konzessionirung der siebenbürgischen Eisenbahn.

Sektionschef Kalschberg motivirt den Gesetzentwurf in ausführlicher Weise. Er weist darauf hin, daß schon in der vorjährigen Session eine Gesetzesvorlage eingebracht wurde, welche das siebenbürgische Eisenbahnnetz zum Gegenstand hatte, daß aber der damalige Ausschus sich dahin entschied, es solle vor der Hand nur von einer Linie die Rede sein, wenn die Garantie des Staates in Anspruch genommen

Fenilleton.

Laibacher Plaudereien.

(Lichte Alpenhöhen — Eine scharfe Luft — Das Promessenspiel — Nitolo — Geheimnisse — Vom Theater.)

Es gibt wenig Alpenpartien, die so malerisch schön sind, als die Steiner Gruppe. An ihnen erfreut sich das Auge des Malers sowohl als des Naturfreundes. Leider haben wir sie heuer selten zu Gesicht bekommen; sie waren fast immer wolkenumhüllt. Die verslossene Woche brachte einen nebel- und wolkenfreien Tag, und wer an demselben hinanging ins Freie, der konnte die herlichen, schneebedeckten, im Strahl der Abendsonne erglühenden Grate und Felsen in ihrer ganzen Pracht bewundern. Wer jetzt da oben weilen könnte auf jenen lichten Höhen, dachten wir, setzte aber schnell hinzu: eine scharfe Luft muß freilich wohl oben wehen.

Daß es nicht immer angenehm ist, hohe Standpunkte inne zu haben, das dürfen sich die Minister während der Adressdebatte wohl bewußt worden sein. War das eine schneidige Luft, die im Abgeordnetenhaus die Ministerzüge anblies! Es soll einigen der Herren recht kalt worden sein, obgleich sie gegen den „Zug“ wohl geschützt waren. Allein eine Verkühlung mit ihrem schlimmen Gefolge von Rheuma, Sträuchen, Husten &c., kurz, mit einer „Krisis“, ist zum Glück nicht eingetreten. Wir sagen „zum Glück“, denn ein Erfolg ist schwer; Männer, welche eine solche Zugluft ertragen können, finden sich nicht in

jedem — Gemeinderathe. Wenn hier einmal so eine Kritik geübt würde — Herr Gott, welche Sündfluth von Dementi's würde da losgelassen werden!

Das Glück hat seine Launen, es wendet seiner Gaben Fälle selbst dem „Teufel“ zu, wenn es ihm gefällt. Es leben doch Leute, welche gewiß viel christlichere Namen haben, als der kleine Brünner Fabrikant; aber den Haupttreffer haben sie nicht gemacht, obgleich sie im Besitz einer Promesse waren. Es ist jedenfalls gewinnreicher, recht viele Promessen zu verkaufen, als zu kaufen. In Wien sollen zur letzten Zählung der Staatslöse 170.000 Promessen (bei Sothen allein 80.000) verkauft worden sein. Welche enorme Summe wird da verpiest, die zum größten Theil in den Sackel der Voosinhaber fällt. Man kann sich keine bessere Verzinsung eines in Staatspapieren angelegten Kapitals denken, zuimal, wenn die Löse noch extra vom Staate verzinst werden. Wie groß die Spielsucht gegenwärtig ist, das beweisen obige Ziffern. Wenn das Kapital, welches alljährlich in Österreich in Promessen verpiest wird, jedesmal zu einem industriellen Unternehmen verwendet würde, dem Staate würden ganz andere Vortheile daraus erwachsen. Die Spielsucht ist auch ein Zeichen der Zeit, aber kein günstiges.

Der Vorläufer des Christfestes, der Nikolotag, ist vorüber, und hat, wie alljährlich, der kleinen und großen Kinderwelt seinen bunten Land gebracht; auch Krampusse, schreckliche Gestalten mit Hörnern, langherabhängender rother Zunge und zottigem Felle, welche furchtsamen Gemüthern als die Incarnation des Fürchterlichen gelten sollen. Unsere Jugend ist jedoch darüber hinaus, und der kleinste Knirps von

drei Jahren weiß schon, daß diese Schreckgestalten durchaus nicht gefährlich sind. Die kleinen Buben und Mädchen gehen an den Ausgebürtigen menschlicher Phantasie vorüber und lächeln. O, dieses Vächeln! Ist es nicht der Beweis für die selbst die Kinderwelt angefressene Scépsis? dürfte ein gewisser Professor ausrufen. Was sollen wir von den Erwachsenen sagen, wenn die Unmündigen schon so aufgeklärt sind?

Aufklärung wünscht Federmann, besonders vor Weihnachten. Was mag mein Mann nur immer mit der hübschen Modistin verhandeln? deutet sich die junge Frau, und spürt etwas wie Eisersucht. Was mag meine Frau nur in dem Arbeitskörbchen haben, daß sie es immer verstellt, wenn ich komme? deutet der Mann. Was mögen die Kinder nur für geheime Berathungen haben? denken sich die Eltern. Was mag das sein, was Papa und Mama hente in der Modewaren-Handlung gekauft haben, daß sie es so verbergen? denken die Kinder. Die Geheimnisträmerie ist nie so im Schwange als vor Weihnachten; da dürfte es wenig Menschen geben, die nicht etwas zu verschweigen, die nicht einen geheimen Plan zu vollführen haben. Nur ruhig! Weihnachten bringt es an den Tag! Weihnachten ist das Fest der Überraschungen, der wirklichen und erheblichen. Man hat am Ende Alles gewußt und nur geschwiegen, um die Freude nicht zu verderben, die Illusion nicht zu stören. Ja, ja, auf die Illusion kommt Vieles an, in der Welt überhaupt, wie — auf den Brettern, welche die Welt bedeuten.

Wenn die Direktion unseres Theaters vielleicht in der Illusion befangen war, es werde der Besuch in dem Maße fortwähren, wie er in den ersten

werden will. Diese Beschränkung sei in der diesjährigen Vorlage festgehalten. Redner motiviert die Dringlichkeit dieses Eisenbahnbaues, welche dadurch gesteigert werde, daß in der Walachei mancherlei Eisenbahnprojekte austanden, wobei der Anschluß an die siebenbürgische Eisenbahn in Frage kam und es lag nahe, daß derjenige, welcher zuerst baut, auf den andern bestimmt einwirken müsse. Die Regierung beschloß daher, den Eisenbahnbau in der Strecke Arad-Alvincz-Karlsburg auf Rechnung des künftigen Konzessionärs sogleich in Angriff zu nehmen. In detaillierter Weise setzt hierauf der Redner die von der Kreditanstalt und vom Hrn. Pickering eingereichten Offerte auseinander und zeigt, um viel vortheilhafter das Projekt des letzteren war, weshalb diesem auch die Konzession ertheilt wurde. Die Dauer der Konzession ist auf 85 Jahre festgesetzt, der garantirte Reinertrag beträgt inclusive der Tilgungsquote 2,032.000 fl. für die Linie Arad bis Rothenthurmpass und 1,788.000 fl. für den Fall, daß die Bahn vorsätzlich nur bis Hermannstadt geführt werden sollte. Die dem Konzessionär zugestandene Befreiung von der Einkommensteuer in den ersten 5 Jahren werde wohl keinem Anstand unterliegen, da in dieser Frist auch die Bauzeit von 4 Jahren inbegriffen, die Befreiung sich also nur auf das erste Betriebsjahr erstreckt. Redner motiviert noch weiter die übrigen Bestimmungen der Konzessionsurkunde und zeigt, daß die meisten im Wesentlichen mit dem Gesetze für die Lemberg-Ezernowitzer Bahn übereinstimmen.

Abg. Oberst beantragt, die Vorlage an einen aus dem Hause zu wählenden Ausschuß von 12 Mitgliedern zu weisen.

Der Antrag wird angenommen und sogleich zur Wahl geschritten.

Bei der Wahl werden 160 Stimmzettel abgegeben, gewählt werden: Groiß (156), Vohninger (151), Brints (151), Stene (148), Steffens (146), Groß (142), Herbst (137), Popoff (96), Reichbauer (95), Obert (85), diese Stallburg (85), Schindler (84).

Auf der Tagesordnung steht ferner die erste Sitzung des Berichtes der Staatschulden-Kontrolle-Kommission, betreffend den Stand der Staatschuld mit Ende April 1864. Dieser Gegenstand wird über Antrag des Abg. Winterstein dem zur Prüfung des Jahresberichtes der Staatschulden-Kontrolle-Kommission bestehenden Ausschuß zugewiesen.

Weiterer Gegenstand der Verhandlung ist der Antrag des Dr. Herbst, die von der Regierung vorgelegten Gründe und Erfolge der kais. Verordnung, betreffend die Einsetzung von Prisengerichten und das Verfahren bei denselben einem Ausschuß zur Beurtheilung zuzuweisen. Dr. Herbst motiviert seinen Antrag damit, daß er der Meinung sei, die Darlegung der Gründe und Erfolge einer nach §. 13 der Verfassung ergriffenen Maßregel könne nicht bloß als Mittheilung an das Haus geschehen, sondern es hätten beide Häuser des Reichsrathes sich darüber auszusprechen, ob die ergriffene Maßregel dem §. 13 entspreche. Er beantragt, die Vorlage dem Ausschuß über die Tonnen-, Seesanitäts- und Kontumazgebühren zuzuweisen. Dieser Antrag wird nach einer Kontroverse zw.

Monaten der Saison stattfand, so dürfte sie bald eines Anderen belehrt werden. Die Abreise der Mehrzahl der mexikanischen Freiwilligen ist bereits überall zu spüren, im Gast- und Kaffeehouse wie im Theater. Die rothen Mützen mit den lühnen Federn treten schon sehr sporadisch auf und die Direction muß auf wirkliche Zugmittel sinnen, will sie nicht leere Häuser haben. Ob uns Gastspiele, interessante Novitäten, neuengagirte Mitglieder, z. B. eine Lokalsängerin, eine Auslandsdame, eine Heldin &c. in Aussicht stehen, darüber sind wir ganz im Unklaren, und lieb wäre es uns, wenn wir in dieser Beziehung unseren Lesern Mittheilungen machen könnten. Das Zugeknöpfte dient nicht, das Interesse wach zu erhalten; die Theaterlust ist gar bald verloren und lebt dann nicht so leicht zurück.

Die Scheit'sche komische Operette „der Dorfbarbier“, welche in dieser Woche zweimal gegeben wurde — das erste Mal zum Benefiz des Kapellmeisters — hat uns recht gefallen, vielleicht deshalb, weil sie, vortrefflich einstudirt, mit Kräften aufgeführt wurde, denen, mit wenigen Ausnahmen, der Besitz von Stimme total abgestritten werden kann, weshalb weniger der Gesang als vielmehr die Komik der Handlung zur Geltung gebracht wurde, die, begleitet von der reizenden Musik, höchst drastisch wirkte. Namentlich ist der zweite Akt hervorzuheben, der das Publikum in die heiterste Lanne versetzte. Noch müssen wir bezüglich der Benefizvorstellung des Herrn Kapellmeisters Riegg bemerken, daß die vor Beginn der Vorstellung aufgeführte Fest-Ouverture von Kasimirski, sowie das von dem Benefizianten für Trompeten solo arrangirte Küsten'sche Lied lebhaftem Beifall fand. — Wir leben in der Erwartung, daß uns einige der versprochenen neuen Operetten in Bälde geboten werden. Oder ist das auch Illusion?

schen dem Antragsteller und dem Präsidenten angenommen.

Auch die von dem Finanzminister in der gestrigen Sitzung eingebrachte Regierungsvorlage über die Erhöhung der Steuern für Vergütung beim Export vom Zucker kommt zur ersten Lesung, auch wird über Antrag des Abg. Haßmann dem Ausschuß, welcher für die Ermäßigung der Brautweinstener niedergelegt wird, dieselbe zugewiesen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Die nächste Sitzung ist unbestimmt, da in dem gegenwärtigen Momente kein Gegenstand der Verhandlung vorliegt.

Oesterreich.

Wien, 8. Dezember. Die „Oesterl. Zeit.“ schreibt: Nachdem die allgemeine Ministerkrise zu den überwundenen Standpunkten gehört, beschäftigt man des Publikum mit Gerüchten über den Rücktritt einzelner Minister. Herr Graf Mensdorff soll seine Demission begehrt haben. Mit aller Bestimmtheit erklären wir, daß in den maßgebenden Kreisen auch nicht das Allergeringste vorgekommen ist, daß eine solche Dentung zuließe.

Aus Lemberg schreibt man: Der ganze Drohobyczer Kreis scheint von Naphtha durchströmt zu sein. Neuerdings wurden im Dörre Oberka durch Zufall mehrere überaus reiche Naphtha-Quellen entdeckt, und soll in Folge dessen sogar bereits ein momentanes Fallen der Preise dieses Produkts eingetreten sein.

Ausland.

Dessau, 4. Dezember. Zwei Todessfälle sind von hier zu melden. Se. Hoheit Prinz Friedrich von Anhalt und der Regierungs-Präsident Dr. v. Basedow sind gestorben.

Rom, 2. Dezember. Der „Ges.-Corr.“ wird geschrieben: „Seit der Rücktritt des österreichischen Botschafters macht sich im Staatssekretariat eine besondere Regsamkeit bemerkbar. Wie man vernimmt, ist ein bereits vor anderthalb Jahren entworfenes Projekt zur Reorganisation der inneren Verwaltung wieder vorgenommen worden und wird dieses Projekt neuerdings durchgearbeitet, um dann einer ad hoc zu berufenden Konferenz von Kardinälen und bestreuten Staatsmännern zur Erwagung und Begutachtung unterbreitet zu werden. Se. Heiligkeit, hört man, bezogen für den Fortgang dieser Angelegenheit ein äußerst lebhafte Interesse und hat ausführlich mit den Vertretern von Oesterreich und Frankreich darüber gesprochen.“

Aus Madrid kommt die Nachricht, daß der Infant Don Enrique von den kanarischen Inseln entflohen, man aber nicht wisse, ob er sich nach London oder nach Paris gewendet hat. Er soll die Absicht haben, ein Manifest an die Nation zu richten, in welchem er seine politischen Ideen auseinandersetzen würde. Europäische Erschütterungen wird dieser Vorfall kann zur Folge haben.

Petersburg. Im Kreise Mohylew (Litauen) hat die russische Regierung Ende Oktober d. J. unter den polnischen Gutsbesitzern eine weit verzweigte Verschwörung entdeckt, welche schon zur Zeit des polnischen Aufstandes bestanden und den Zweck gehabt haben soll, den Aufstand zu unterstützen. Die Mitglieder dieser Verschwörung, die von einem Mitverschworenen Namens Pietrusiewicz denunziert wurden, sind verhaftet und einer besonderen Untersuchungskommission überwiesen worden.

Warschau. Das französisch-polnische Central-Comité hat einen neuen Aufruf zur Beistuer für die Unterstützung der polnischen Flüchtlinge veröffentlicht. Die Zahl dieser Unglüdlichen beläuft sich im gegenwärtigen Augenblicke für Paris auf 5500, die fast sämmtlich ohne Existenzmittel sind. Die Subvention der französischen Regierung beträgt höchstens 150.000 Franks und die Kassa des Comités ist leer. Man kann sich eine Vorstellung von dem Ende dieser Leute machen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Gaibach, 10. Dezember.

Morgen Sonntag beginnt am hiesigen Gymnasium wieder ein öffentlicher Unterrichtskurs in der Stenographie, welchen der Stenographenverein durch die Geßälligkeit seines Sekretärs Herrn Wilhelm Ritter v. Fritsch eröffnet. Wir machen auf diesen Kurs um so mehr aufmerksam, als derselbe auf die ungewöhnlichste Weise ganz unentgeltlich abgehalten wird und jedem die Gelegenheit darbietet, sich diese schöne Kunst anzueignen. Wie wir vernehmen, wird der erste Vortrag einen interessanten Überblick über die Geschichte der Stenographie bieten.

— Ein von Beamten, Aerzten, Advokaten, Geistlichen, Geschäftsleuten &c. gewiß willkommen geheißenes

Buch ist so eben im Verlage v. Kleinmayr & Bamberg erschienen, nämlich ein „Ausfuchtsbuch für Kraian.“ Es enthält die Genealogie des Kaiserhauses, das Ministerium, die politischen und Finanzbehörden, die Montan- und Gerichtsbehörden, einen Auszug aus dem Diözesan-Schematismus, die Unterrichts-Anstalten, Volksschulen, die landwirtschaftlichen Anstalten, die Kommunalbehörden, Advocaten, Aerzte &c. &c., kurz eine reiche Fülle von Daten, welche das Werk zu einem höchst brauchbaren Nachschlagebuche für Jedermann machen.

— In Villach wird von Neujahr an ein Localblatt „Bote aus Oberkärnten“ erscheinen. Als Redakteur wird C. Martelanz genannt.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.)
In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen I. I. Landesgerichte folgende Schlussverhandlungen statt:
Am 14. Dezember: 1. Anton Krel — wegen Diebstahl; 2. Georg Krel — wegen schwerer körperlicher Beschädigung Am 15. Dezember: 1. Michael Erlach und Jakob Glebär — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 2. Johann Jamšić — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 3. Josef Krel — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 4. Leopold Bottl — wegen Veruntreuung. Am 16. Dezember: 1. Josef Remz — wegen schwerer körperlicher Beschädigung, Anton Plezn und Egid Terink — wegen Übertreibung gegen die körperliche Sicherheit; 2. Franz Testen — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 3. Johann Tomšić — wegen öffentlicher Gewaltthätigkeit.

Wiener Nachrichten.

Wien, 9. Dezember.

Se. Majestät der Kaiser haben dem Privatvereine zur Unterstützung der Habsarben Prags als Beitrag für das Jahr 1864/5 Tausend Gulden allernächdigst zu spenden geruht.

— Se. I. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Ludwig Viktor haben der Gemeinde Oberndorf zur Anschaffung einer Wasserzubringungsmaschine 100 fl. gespendet.

— An der Börse fand folgendes Bonmot: „Herbst sprach frank, aber Frank das Herbst.“

Concert.

Die philharmonische Gesellschaft feierte gestern Abend einen Triumph. Sie brachte Mendelssohn's „Antigone“ zur Aufführung, und wir müssen sagen, in einer gelungenen, diesem hohen Kunstwerke würdigen Weise. Kunstgenüsse, wie sie solche Meisterwerke gewähren, gehören für uns zu den größten Seltenheiten, und wir müssen der Gesellschaft dankbar sein, daß sie sich der schwierigen Aufgabe unterzog, uns mit einer Tondichtung bekannt zu machen, deren Werth hoch über Allem steht, was die neuere Zeit in dieser Art überhaupt hervorgebracht hat.

Wenn es ein Tondichter versuchen durfte, die antike Tragödie musikalisch zu interpretiren, so war es Mendelssohn; denn, obgleich seine Individualität eine viel zu moderne, scharf ausgeprägte war, so besaß doch sein Geist Tiefe und Schmeicheligkeit genug, um den Anschauungen und Formen der Antike künstlerisch gerecht zu werden. Es ist wahr, es besteht etwas Unvereinbares zwischen griechischem Geiste und germanischer Musik, ein Widerspruch, den die Ästhetik selbst aus dem Mendelssohn'schen Werke herausführt. Aber die ganze Auffassung, die Form, durch welche der Tondichter der Neuzeit dem Dramendichter des Alterthums sich zu nähern strebt, mildert diesen Widerspruch, und die hohe Reinheit der Antike, der tiefe Gehalt, der Ernst, die Energie, die Poesie, wie sie uns in der „Antigone“ entgegentritt, macht den Genuss derselben zu einem wahren, nachhaltigen. Das ist ein gewaltiger Geist, der zu uns spricht, das ist wahre echte Poesie, das ist wahre echte Kunst — dies fühlt jeder, der einer guten Aufführung der „Antigone“ bewohnt.

Und daß die gestrige Aufführung eine gute war, in diesem Urtheile wird das überaus zahlreich versammelte Publikum uns gewiß bestimmen. Es hat eigentlich sein Urtheil vor uns schon abgegeben durch die Aufmerksamkeit, mit welcher es der Aufführung folgte, durch den Beifall, den es nach Beendigung derselben spendete. Noch nie war ein Fonds-Concert des Vereins so zahlreich besucht, noch nie verließ das Publikum so feierlich gestimmt, so künstlerisch befriedigt, den Saal.

Wir haben über Einzelheiten der Aufführung nur wenig zu bemerken. Schon aus der Produktion wehten die Schauer des Klimmen, und die ersten beiden Chöre ergriffen die Gemüther mächtig. Doch als Höhepunkt war der Bacchuschor zu betrachten, der von ergreifender, hinreißender Schönheit ist. Der Totaleindruck war ein gewaltiger. Solisten, Chor und Orchester hielten sich höchst wacker; die Leitung war

eine musterhafte. Nur der Ausdauer und dem Fleiße der Mitwirkenden und des Dirigenten Herrn A. Nedved ist es zuzuschreiben, daß das schwierige Werk so schön durchgeführt wurde. Auch Herrn Blach vom landschaftlichen Theater, welcher das leitende Gedicht sehr gut sprach, gehört ein Theil des Verdienstes.

Wir schreiben diese Zeilen noch unter dem Eindrucke des Gehörten und vermögen es nicht über uns den gehabten Genuss zu zergliedern; hoffen aber, daß eine nochmalige Aufführung in Kürze Gelegenheit bieten wird, uns des Näreren mit der Tondichtung zu beschäftigen, die in jeder Beziehung eine große, erhabene zu nennen ist.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Dresden, 8. Dezember. Ein Münchener Telegramm des „Dresdener Journals“ meldet: Freiherr v. Schrenk ist zum Bundestagsgesandten ernannt, und wird unverzüglich auf seinen Posten abgehen.

Berlin, 8. Dezember. Bei der gestrigen Tafel brachte der König ein Hoch auf seinen treuen Verbündeten, den Kaiser von Österreich, aus, dann ebenso auf seine wackeren heimkehrenden Krieger. Prinz Friedrich Karl dankte in längerer Rede im Namen der Truppen mit einem Hoch auf den König. Heute empfing der König den Prinzen Wilhelm von Hanau.

Hamburg, 7. Dezember, Abends. Die „Hamb. Ztg.“ meldet: Heute sind aus Holstein heimkehrende

hannover'sche Pioniere hier durchpassirt. Morgen folgt die Kavallerie. Die Truppen werden bis zum Ende dieser Woche in ihren Garnisonsort zurückgekehrt sein.

Altona, 7. Dezember, Abends. Die „Schleswig-Holst. Ztg.“ berichtet: Die Bundes-Kommissäre haben heute Altona verlassen und sich nach Hamburg begeben.

Schleswig, 8. Dezember. Gestern ging eine Deputation beider Stadtkollegien nach Flensburg ab, um die oberste Civilbehörde zu ersuchen, ihren Sitz in Schleswig zu nehmen, nachdem auch die Verwaltung von Holstein und Lauenburg in ihre Hand gelegt sein wird.

Bern, 8. Dezember. Die Bundesversammlung wählte heute für das Jahr 1865 zum Bundespräsidenten Schenk aus Bern, zum Vizepräsidenten Künzli aus Luzern und zum Bundesgerichtspräsidenten Herrmann aus Obwalden.

Brüssel, 8. Dezember. Die in auswärtigen Journalen zirkulirenden beunruhigenden Angaben über die Gesundheit des Königs sind falsch. Der König wohnt der heutigen Hofftafel bei. Es bestätigt sich, daß der Justizminister seine Entlassung gefordert habe, doch hat dies keine mit der Politik zusammenhängenden Gründe.

Petersburg, 8. Dezember. Durch kaiserlichen Utaß vom 7. Dezember wird zum Behufe der Vermehrung der Baumittel, sowie im Interesse der Nationalindustrie eine fünfprozentige Anleihe von hu-

dert Millionen Rubel in Theilscheinen zu hundert Rubel emittirt. Die Anleihe wird in sechzig Jahren amortisiert; es finden jährlich zwei Verlosungen mit von 120 bis 150 Rubel steigender Rückzahlung, außerdem in den ersten dreißig Jahren jährlich zwei, später eine Lotteriezierung statt. Der jedesmalige Gesamtgewinn beträgt 60.000 Rubel. Die Subskription wird am 15. Dezember eröffnet und am 24. geschlossen. Die Einzahlungen beginnen im Januar und finden in zehn Monatsraten statt.

Rostschuk, 7. Dezember. Mithad Pascha, Generalstatthalter der neuorganisierten Donauprovinz, ist gestern zurückgekehrt.

Heute Früh wurden zwei überwiesene Raubmörder öffentlich hingerichtet; es dürfte nunmehr die Sicherheit der Straßen bald hergestellt sein.

Theater.

Heute Samstag: Zum Vortheile des Komikers und Operettensängers Josef Blumslacher zum ersten Male:

Die Neise mit der Bither, oder:
Ein dummer Spitzbub', komisches Tiroler Lebensbild mit Gesang und Bitherpiel in 3 Abtheilungen von Josef Blumslacher, Musik von demselben.

Morgen Sonntag: **Viola, der Bettar**. Volksdrama mit Gesang in 5 Aufzügen.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien
Den 9. Dezember.
5% Metalliques 70.85 1860-er Anleihe 92.95
5% Nat. Anleh. 79.75 Silber : 116.50
Banknoten . 77.3 London : 116.70
Kreditaktien . 173.90 K. k. Dokaten 5.58

Fremden-Anzeige.

Vom 7. und 8. Dezember.

Stadt Wien.

Die Herren: Picoli, Kaufmann, von Bologna. — Schwarz, Kaufmann, und Meyer von Wien. — Willaum von Karlstadt. — Baron Opoli, k. mexikanischer Hauptmann, und Graus, k. mexikanischer Oberleutnant, von Oberlaibach. — Govaciq, Handelsmann, von Ganz. — Pegatschnig, Bergverwalter, von Toplica.

Elephant.

Die Herren: Lugher, Ingenieur, aus Dalmatien. — Dieme, Fabrikant, und v. Steinbeller, k. mexikanischer Oberleutnant, von Wien. — Hoffer, Handlungsbefreiter, von Graz. — Frau Marotti von Canna.

Wilder Mann.

Die Herren: Graf Zichy, k. mexikanischer Kadet, aus Ungarn. — Zabel von Niedorf.

Bayerischer Hof.

Die Herren: Neller, k. k. Hauptmann, von Wien. — Faffenauer Comissionär, von Triest.

Kaiser von Österreich.

Die Herren: Meissner, Modelgärtner, v. Pest. — Deutsch, Modelgärtner, von Arad.

Verstorbene.

(2311—3)

Josefine Burkhardt,
Spitalgasse Nr. 269,

nimmt alle Gattungen Strid-, Häkel- und Stickarbeiten an. Lehrmädchen in diesen Ge- genständen werden sogleich, und Fremde auch in Kost, angenommen.

(2366—1)

1 Commis, 3 Lehrlinge
oder Praktikanten

finden sogleiche Aufnahme in der Schnitt- und Spezereiwaarenhandlung des **John B. Kenda** in Neustadt.

Willst Du immer weiter schweisen?

Tieb', das Gute ist so nah!

Nürnbergiger Lebkuchen,

als: mittelfine, ganz fine und extrafine Marzipan-Lebkuchen in Packeten von 20 bis 80 fr., in frischer echter Qualität, sochen aus Nürnberg angelommen bei

Joh. Gontini.

Soeben ist bei Ign. v. Kleinmayr & F. Bamberg in Laibach erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Kurzgefaßtes

Auskunfts-Handbuch des Herzogthums Krain.

Zum Gebrauche für Geistliche, Beamte, Gemeinde-Vorstände, Advocaten, Notare, Aerzte, Lehrer und Geschäftleute

zusammengestellt von

Franz Gerkmann.

Preis: 75 fr. Os.

Inhalt: Genealogie des durchlauchtigsten Kaiserhauses. — Die Minister des Kaiserthums Oesterreich. — k. k. politische und Finanz-Behörden. — k. k. Communications-Anstalten. — k. k. Montan-Behörden. — k. k. Gerichtsbehörden. — Kirchliches. — Unterrichts-Anstalten. — Volksschulen. — Postvertreitung. — Communal-Behörden. — Offentliche Institute, Anstalten und Vereine. — Advocaten in Laibach und am Lande. — k. k. Notare in Laibach und am Lande. — Uebersicht der Reihenfolge der den k. k. Notaren in Laibach als Gerichts-Kommissäre zugewiesenen Geschäfte. — Aerzte in Laibach. — Wundärzte in Laibach. — Zahnarzt. — Thierarzt. — Wegweiser zu den Häusern in Laibach. — Pfarr-Eintheilung in Laibach. — Boten in Laibach. — Feuer-Signale in Laibach. — Kurzer Fremdenführer durch Laibach. — Verzeichniß der protokollirten Firmen. — Jahr- und Biehmärkte in Krain. — Jahr- und Biehmärkte in andern Provinzen. — Alphabetisches Verzeichniß der stempelpflichtigen Urkunden und Rechtsgeschäfte. — Briefpost. — Expressbriefe. — Fahrpost. — Geldversendung durch die k. k. Postanstalt mittelst Anweisungen. — Einführung der Postnachnahme im innern österr. Verkehre. — Post-Course. — Verzeichniß derjenigen Orte, wohin von Laibach aus die Brieftaxe für den einfachen Brief mit 5 und 10 fr. entfällt. — Fahrplan der k. k. priv. Südbahn. — Telegraphen-Tarif. — Interessen-Tafel. — Uebersicht des neuen und des im Umlaufe befindlichen alten Geldes. — Münz-Vergleichungs-Tabelle. — Personen-Index. — Veränderungen während des Druckes. — Berichtigungen.

 Von der Reichhaltigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Handbuchs kann sich Jedermann aus dem vorstehenden Inhalte überzeugen, und da ein Schema des Herzogthums Krain schon mehrere Jahre nicht erschienen ist, glaubten die Verleger einem allgemeinen Wunsche des Publikums durch Herausgabe obigen Handbuchs zuvorzukommen.

Hiezu ein halber Bogen Amts- und Intelligenzblatt, dann Nr. 49 der „Blätter aus Krain.“